

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).



POLITIKBRIEF

Wir machen Stadtwerke stark.





Sehr geehrte Damen und Herren,

ob EEG-Novelle, Netzpaket oder Gebäude-modernisierungsgesetz: Die Richtung stimmt. Den Fokus schärfer auf Systemkosteneffizienz, die dringend gebotene Synchronisierung von Netzen und Erneuerbaren sowie auf echte Technologieoffenheit zu legen, ist ein richtiger Schritt.

Damit diese guten Ansätze in der Praxis bei den Kommunen und Stadtwerken funktionieren, kommt es jetzt auf die Detailausgestaltung und politische Einigkeit an. Die jüngsten Expertenanhörungen haben gezeigt, wo noch nachgebessert werden muss: Wir brauchen einen fairen Wettbewerb der Energieträger ohne verzerrende Kostenteilungen, eine verlässliche Verzahnung der kommunalen Wärmeplanung mit privaten Investitionsentscheidungen und eine darauf abgestimmten Förderkulisse. Und nachdem der EuGH festgestellt hat, dass es sich beim Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG) nicht um eine Beihilfe handelt, setzen wir auf eine schnelle Gesetzesnovelle. Das war auch Inhalt unserer [jüngsten Pressemitteilung](#).

Die Energiewende und die Wärmetransformation werden vor Ort entschieden und die Akteure der Energiewirtschaft stehen bereit, wenn das regulatorische Fundament stabil ist.

Ich wünsche Ihnen eine erholsame Sommerpause.

Ihr Dr. Constantin H. Alsheimer

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'C. Alsheimer'. The signature is fluid and cursive, with a large initial 'C' and a stylized 'A'.

EEG-Novelle und Netzpaket: Marktintegration ja, Redispatch-Vorbehalt nein.

Mit den bekannten Entwürfen zur EEG-Novelle und zum Netzpaket weist die Bundesregierung in die richtige Richtung: Die Erneuerbaren sollen stärker am Markt orientiert und enger mit dem Netzausbau synchronisiert werden. Kern sind die Abschaffung der festen Einspeisevergütung für PV-Neuanlagen, die verpflichtende Direktvermarktung und ein Refinanzierungsbeitrag ab einer Leistung von 100 Kilowatt. Diese Schritte zur Marktintegration begrüßen wir. Die Entwürfe bieten jedoch noch keine verlässliche Basis. Für Stadtwerke und Netzbetreiber, die den Umbau umsetzen, zählt vor allem eines: Klarheit und Planungssicherheit. Die Verknüpfung beider Vorhaben macht den Prozess anspruchsvoll. Die notwendige Verzahnung von Netz und Erzeugung darf jedoch nicht über investitionsfeindliche Instrumente wie den Redispatch-Vorbehalt erzwungen werden, der eine Finanzierung von Erneuerbaren-Projekten nahezu unmöglich macht. Gefragt sind marktnahe Lösungen wie differenzierte Baukostenzuschüsse und bundesweit einheitliche Standards bei der Priorisierung von Netzanschlüssen. Geben Politik und Gesetzgeber verlässliche Leitplanken vor, gelingt die Systemintegration der Erneuerbaren vor Ort. Unsere ausführlichen Bewertungen finden Sie in unseren Stellungnahmen zur [EEG-Novelle](#) und zum [Netzpaket](#).

Gebäudemodernisierungsgesetz: Mehr Freiheit, doch die Lasten bleiben.

Der Bundestag hat heute das Gebäude-modernisierungsgesetz (GModG) verabschiedet, das das Gebäudeenergiegesetz ablösen wird. Die starre 65-Prozent-Vorgabe für neue Heizungen ist vollständig gestrichen worden. Neue Gasheizungen bleiben grundsätzlich zulässig, sofern sie über eine gesetzlich definierte Bio-Treppe schrittweise auf grüne Brennstoffe umgestellt werden. Die Rückkehr zu mehr Technologieoffenheit begrüßen wir ausdrücklich. Da die Ausgangssituation vor Ort stark variiert, gelingt wirksamer Klimaschutz nur maßgeschneidert auf kommunaler Ebene und ohne pauschale Vorgaben. Kritisch sehen wir jedoch die in der Praxis schwer umsetzbare Kostenaufteilung zwischen Vermieter und Mieter bei Netzentgelten, CO₂-Preisen und biogenen Brennstoffkosten. Solche einseitigen Eingriffe bremsen den fairen Wettbewerb der Technologien. Zentrales Steuerungselement bleibt die kommunale Wärmeplanung. Sie braucht über bürokratische Erleichterungen hinaus vor allem solide finanzielle Rückendeckung und Investitionssicherheit für den Netzausbau. Stadtwerke können die Wärmewende vor Ort nur dann verlässlich gestalten, wenn der gesetzliche Rahmen es ihnen erlaubt. Details dazu finden Sie in unserer Stellungnahme zum [Gebäudemodernisierungsgesetz](#).

Thüga als Austauschplattform: Policy Talk zur EEG-Novelle.

Knapp 100 Teilnehmer, 60 Minuten Diskussion und eine klare Botschaft. Auch unser jüngster Policy Talk war ein voller Erfolg.

Trotz unterschiedlicher Blickwinkel aus Politik und Projektentwicklung zeigten sich im Gespräch bemerkenswerte Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Gästen. Sowohl Jochen Ott als auch Thomas Walther betonten, dass der Ausbau erneuerbarer Energien konsequent fortgesetzt werden müsse. Ein Bremsen sei weder energie- und sicherheitspolitisch noch volkswirtschaftlich sinnvoll. Andererseits herrschte Einigkeit darüber, dass die Novelle jetzt notwendig ist, um bestehende Fehlanreize und übermäßige Mitnahmeeffekte zu vermeiden. Gleichzeitig machten beide Diskutanten deutlich, dass der notwendige Systemwechsel vor allem eines braucht: Verlässlichkeit und Finanzierbarkeit.

Weiter Einzelheiten dazu finden Sie auf unserer [Internetseite](#).

DANKE FÜR DEN GELUNGENEN

Thüga Policy Talk

Direktvermarktung, Clawback & Co.:
Was die EEG-Novelle für Stadtwerke bedeutet



Thomas Walther
Geschäftsführer
Thüga Erneuerbare Energien
GmbH & Co. KG

Lena Appel
Leiterin des Berliner Büros
der Thüga

Jochen Ott
MdL (SPD),
Fraktionsvorsitzender
der SPD in NRW

Ihre Ansprechpartner



Markus Wörz
Leiter Stabsstelle
+49 160 9040 9393
markus.woerz@thuega.de

Martin Bäumer
Referent Energiepolitik
+49 175 113 8988
martin.baeumer@thuega.de

Thüga Aktiengesellschaft
Nymphenburger Straße 39
80335 München
Deutschland

+49 151 53570935
energiepolitik@thuega.de

Wenn Sie diese E-Mail (an: markus.woerz@thuega.de) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.